

Thorsten Beigel, Georg Eckert (Hg.), Vom Wohl und Wehe der Staatsverschuldung. Erscheinungsformen und Sichtweisen von der Antike bis zur Gegenwart, Münster (Aschendorff) 2013, 342 S., ISBN 978-3-402-12953-1, EUR 29,80.

rezensiert von/compte rendu rédigé par
Wolfgang Reinhard, Freiburg im Breisgau

Die Aktualität des Themas führt nicht zu Mangel an Seriosität; eher das Gegenteil ist richtig. Für einen erschwinglichen Preis erhält man einen Leitfaden zum Gegenstand anhand paradigmatischer Fälle, rundum schwer gepanzert mit Anmerkungen, die kaum etwas zu wünschen übrig lassen. Herausgeber und Mehrzahl der dreizehn Autoren sind jüngere Wissenschaftler, sieben von der Universität Wuppertal. Die Einleitung der beiden Herausgeber bietet einen souveränen Überblick über die Entwicklung einerseits, die wichtigsten Aspekte andererseits. Es geht um den fundamentalen Zusammenhang von Krieg, Staatsbildung und Staatskredit, um verschiedene Formen des Staatskredits und ihre Legitimation, vor allem um den Weg vom vorstaatlichen, moralischer Beurteilung unterliegenden kurzfristigen Personalkredit zur wertneutralen anonymen auf die Staatseinnahmen fundierten und nicht rückzahlbaren Staatsschuld. Auch die athenische Demokratie (Thorsten Beigel) und das Imperium Romanum (Armin Eich) kamen nicht ohne Kredit aus, obwohl sie es vorzogen, ihre Kriegskosten zu externalisieren und von Bundesgenossen und Untertanen bezahlen zu lassen. Ihre Kredite waren nicht institutionalisiert. Bei mittelalterlichen Königen ist lange Zeit von Geld kaum, von Kredit überhaupt nicht die Rede (Jochen Johrendt). Städte, vor allem oberitalienische, waren die Pioniere des institutionalisierten Kredits. Nach ihrem Vorbild haben die Päpste (Arne Karsten) und andere frühneuzeitliche Monarchen wie in Frankreich (Moritz Isenmann) elaborierte Kreditsysteme entwickelt, die neben der schwebenden bereits die konsolidierte Schuld kannten, zuerst in Gestalt käuflicher Ämter, dann als Renten. Dabei wurde in Frankreich zum ersten Mal diskutiert, ob Staatsschulden nicht nur nicht schädlich und verwerflich seien, wie bisher stets angenommen wurde, sondern sogar die Wirtschaftsentwicklung fördern könnten. Auch die »Financial Revolution« der 1690er Jahre in England, die Begründung der Staatsschuld auf staatliche Garantie nach niederländischem Vorbild, blieb dort nicht unumstritten (Georg Eckert). Das galt sogar noch im 19. Jahrhundert, als im Zeitalter der Revolutionen die neugeschaffenen USA und nach mehrfachen Anläufen auch Frankreich diesen Weg eingeschlagen hatten (Georg Eckert). Nach wie vor galt vielen eine staatliche Kreditaufnahme als Notlösung in Ausnahmesituationen, der schuldenfreie Staat als Normalfall. In der Tat gerieten sowohl das inzwischen unabhängige Griechenland (Michalis Psalidopoulos, Korinna Schönhärl) wie das Osmanische Reich (Alexander Will), von dem sich die Griechen losgekämpft hatten, Ende des 19. Jahrhunderts wegen des Missverhältnisses zwischen erfassbarer Wirtschaftsleistung und Kreditaufnahme schon damals in eine Schuldenkrise mit anschließender internationaler Vormundschaft. Obwohl die USA sich nach heftigen Auseinandersetzungen für eine Kreditaufnahme durch den Bund entschieden hatten (hier wiederholt

sich das Buch), gab es Verschuldungsprobleme zunächst fast nur auf der Eben der Einzelstaaten, denn die Aufgaben der Bundesregierung hielten sich in Grenzen. Trotz Bürgerkrieg explodierte die Staatsschuld der amerikanischen Bundesregierung erst im 20. Jahrhundert wegen Kriegs- und Rüstungsausgaben einerseits, wegen der Übernahme neuer sozialstaatliche Aufgaben andererseits (Michael Hochgeschwender). Nachdem die Weimarer Republik sich der Kriegsschulden durch Inflation entledigt hatte, genoss sie wenig Kredit auf den Kapitalmärkten und geriet nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Reparationsleistungen rasch wieder in neue Schuldenprobleme, die durch Brünnings restriktive Politik nicht etwa korrigiert, sondern weiter verschärft wurden (Albert Fischer). In dem Überblick über die gefälligkeitspolitisch motivierte Rückkehr der Bundesrepublik Deutschland zu massiver Verschuldung in den 1960er Jahren verdient die Begründung besondere Beachtung, mit der Otto Schlecht sie im Zeichen konsumorientierten Wirtschaftens als normalen und unverzichtbaren Bestandteil keynesianischer wachstumsorientierter Politik legitimiert hat – angeblich ein regelrechter Paradigmenwechsel (Georg Eckert) – der zweite seit den 1690er Jahren? Die beiden letzten Beiträge (Franz Knipping, Lars Detert, Paul J. J. Welfens) befassen sich ausführlich und überaus lehrreich mit der gegenwärtigen Krise der Eurozone, ihrer Vorgeschichte und dem amerikanischen Anteil daran sowie den keineswegs eindeutig bestimmbar Perspektiven für die Zukunft. Die Krise konnte nur entstehen, weil wegen widerstreitenden nationalen Interessen mehr oder weniger leichtfertig die selbstverständliche Tatsache außer Acht gelassen wurde, dass zu einer gemeinsamen Währung auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik gehört. Es war wohl vulgär-monetaristischer Aberglaube, dass die gemeinsame Währung die entsprechende Politik schon erzwingen werde. Stattdessen gab es auf diese Weise genug Spielraum für leichtfertige Maßnahmen und mehr oder weniger kriminelle Machenschaften auf den Finanzmärkten und in der Politik. Zwar wird der Gaunertrick, mit dem Griechenland sich in die Eurozone mogeln konnte, nicht erwähnt, wohl aber die gefälschte Defizitmeldung von 2009 durch dieselbe Partei, die jetzt die Koalition führt. Doch blieb der Brüsseler Kommission demgegenüber nichts anderes übrig, als sich ruhig zu verhalten, nachdem die beiden mächtigsten EU-Länder Deutschland und Frankreich den Stabilitätspakt 2002–2005 ebenfalls ignoriert hatten. Die letzten fünf Beiträge bieten auch dem Leser ohne Spezialkenntnisse einigermaßen ausreichende Sachinformation, ebenso die ersten. Die mittlere Gruppe hingegen, in denen es recht eigentlich um die »Erfindung« der modernen Staatsschuld geht, beschränken sich leider weitgehend auf die – sicherlich hoch interessanten – Diskussionen darüber, ohne auf die technischen Details einzugehen. Wieder einmal wird modisch die Bedeutung der Geschichte auf die Geschichte von Bedeutung reduziert. Schade!